„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries ... $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. Januar 1925 | 12 Seiten | Nummer 11

Saskatchewans Alkoholgesetz angenommen

Debatten über Schulwesen, Steuerverminderung und Frachttarife

Beendigung der Legislatur-Session

Regina. — In der Legislatur von Saskatchewan hielt am letzten Montag der Minister für Arbeiten, Hon. Dr. J. Latta, eine längere Rede, in der er einen kurzen Ueberblick über die Schulgesetznovelle der Provinz gab. Zunächst wies er hin auf das gewaltige Wachstum der Schulorganisation seit dem Jahre 1905. Am 31. Dezember 1923 waren in Saskatchewan 4,579 Schulen, davon 24 Separatschulen, 24 Hochschulen und 5,787 Lehrkräfte gleichzeitig vorhanden.

Die Bevölkerung der Provinz ist nach der Ueberzeugung des Ministers an dem Schulwesen stark interessiert. Dasselbe beruht auf demokratischen Grundlage. Das Unterrichtsministerium trägt letzter die Sache im Interesse der ganzen Bevölkerung und sorgt für die nötigen finanziellen Zuschüsse. Die Hauptverantwortung ruht jedoch auf den Steuerzahlern selbst und die Schulverwaltung ist den von den Steuerzahlern gewählten Trustees anvertraut.

Die durchschnittliche Zahl der Schultage belief sich im Jahre 1906 auf 155 für die ländlichen und auf 204 für die städtischen Schulen. Im Jahre 1923 stiegen die ländlichen Schulen 185 und auf die städtischen Schulen 200 Schultage.

Das Verhältnis der Schulbeiträge zur Entschreibung der Steuern war 1906 für die ländlichen Schulen noch 50.85 Prozent und 29.84 Prozent für die städtischen Schulen. Im Jahre 1923 stiegen auf die ländlichen Schulen 63.22 Prozent und auf die städtischen Schulen 72.03 Prozent. Die Zahl der eingeschriebenen Schüler belief sich im 31. Dez. 1923 auf 187,868.

Im Finanzjahre 1923—24 betrugen die Schulzuschüsse $2,614,022.77 und im Jahre 1923—24 etwas mehr, nämlich $2,745,428.82. Mit anderen Worten, die Provinzialregierung von Saskatchewan wendet für die Schulwesen bedeutend mehr auf als die jeder anderen canadischen Provinz.

Während des letzten Jahres mußte man sehr wenige Schulen beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten. 96 Distrikte konnten keine Schulen errichten, doch wurde nach Möglichkeit für die Unterbringung der Kinder in anderen Distrikten gesorgt. Nur 18 offizielle Trustees mußten ersetzt werden. Das alles deutet nach Ansicht des Ministers auf die Loyalität und verantwortliche Mitarbeit der Bevölkerung auf dem Schulgebiet hin. Die Steuerzahler von Saskatchewan verdienen dafür die nötige Anerkennung.

Der Minister beschäftigte sich auch mit dem gegen die Regierung gerichteten „Vorwurf", in bezug auf die deutsch-französische Sprache als Pflichtfach ein

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Opositionsantrag verlangt Steuerverminderung.

Der Oppositionsführer Harris Turner machte einen Antrag, im Sinn der Re „Partie Scheune Tax" der Provinz von zwei auf 1½ Mills zum Dollar herabgesetzt werden soll. In der Begründung seines Antrags gab Turner zu daß die Regierung zum Saskatchewan in letzter Periode wesentlich gewesen sei, daß der jetzige Ministerpräsident Premier Martin ein guter Premier sei. Er wies darauf hin, daß die Regierung mit großen Versprechungen ans Ruder gekommen sei, daß sie aber nicht gehalten habe, was sie versprochen habe. Er wies auf die Steuerlasten hin, die auf den Farmern ruhten, und auf die Notwendigkeit, daß diese Lasten erleichtert werden müßten. Er wies auf die Tatsache hin, daß Saskatchewan die höchsten Steuern in Canada habe. Er wies auf die Notwendigkeit hin, daß Saskatchewan seine Frachttarife ändern müsse, damit es mit den anderen Provinzen konkurrieren könne. Er wies auf die Notwendigkeit hin, daß Saskatchewan seine Steuergesetzgebung ändern müsse, damit es mit den anderen Provinzen konkurrieren könne. Er wies auf die Notwendigkeit hin, daß Saskatchewan seine Steuergesetzgebung ändern müsse, damit es mit den anderen Provinzen konkurrieren könne.

Annahme des neuen Alkoholgesetzes.

In der letzten Woche gelangte auch die Beratung über die neue Alkoholbill zu einem endgültigen Abschluß. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Bill auch schon in kurzer Zeit in Kraft treten wird. Die Einführung der Regierungsbill für Alkoholverkauf macht erst umfangreiche Vorbereitungen nötig, die bei Annahme durch das Parlamentshaus mit seinen Hotelleuten überflüssig sind. Daher müssen wir unsere Freunde, die zum Teil mit großer Ungeduld die Neuregelung entgegensehen, schon noch einige Wochen oder vielleicht auch noch einige Monate gedulden. Wir möchten aber schon heute vor hochgespannten Hoffnungen warnen. Denn die in dem neuen Gesetz enthaltenen Beschränkungen der persönlichen Freiheit sind so weitgehend daß dadurch mancher Mißmut hervorgerufen werden wird. Selbstverständlich werden wir uns bemühen, die Beobachtung des neuen Gesetzes uns zur strikten Aufgabe zu machen, wenn wir die Vorlage auch mit allem Nachdruck bekämpften und wenn wir auch heute noch vom Standpunkte der persönlichen Freiheit, als Anhänger wahrer Toleranz und als Freunde der Bestlebgesinnung das Gesetz als unvollkommen und zum Teil unglücklich betrachten müssen.

In der Frage der Local Option wurde von dem Attorney General, Hon. J. A. Cross, Ergänzungsantrage eingebracht, die für die Stadt Prince Albert und für Norton das Provinzialwahlrecht und für die Landdistrikte das Munizipalwahlrecht zu Grunde legen.

Das Hogan (Regierung, Canada), sowie die Regierungsvertreter Wilson von Rosetown, Lewis von Milestone, Nolin von Ile à la Crosse und Pickel von Battleford bekämpften diesen Vorschlag, weil er einen ungerechten Unterschied zwischen Stadt und Land macht. Nolin stellte sogar die Frage, ob denn die Entrechtung von Wählern nicht mit der Unionsregierung verschwunden sei. Premier Dunning und der Oppositionsführer Turner kamen dem Attorney General zu Hilfe. Schließlich fand sein Vorschlag doch Annahme.

Nach einigen kleineren Aenderungen hinsichtlich der Strafbestimmungen wurde die ganze Gesetzesvorlage von dem Komitee angenommen. Derselbe Akt vollzog sich ohne jede gegnerische Stimme im Plenum des Hauses.

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Der Courierkalender ausverkauft

Der Deutsch-Canadische Hausfreund, der Courierkalender für 1925, hat in den deutschsprechenden Kreisen eine solche begeisterte Aufnahme und einen solch reißenden Absatz gefunden, daß die große Auflage desselben nun vollständig ausverkauft ist.

Die Vorausbestellungen waren schon sehr zahlreich. Doch als der Kalender erst einmal unter die Leute kam, entwickelte sich ein wahrer Ansturm. Die meisten Courierleser wollten einen solchen „Hausfreund" mit seinen hübschen Bildern und seinem interessanten Lesestoff haben und sie bezahlten gerne ihre 50 Cents dafür. Das war für uns, solange wir genügend Kalender-Vorrat hatten, recht erfreulich. Aber nun sind wir in der unangenehmen Lage, unseren besten Freunden mitteilen zu müssen,

daß wir leider keine weiteren Bestellungen mehr annehmen können.

Es ist zweifelhaft, ob es uns möglich sein wird, auch alle Bestellungen zu befriedigen, die in den nächsten Tagen hier zum Erstaunen dieser Courier-nummer einlaufen werden. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die Gelder, für die wir die gewünschten Kalender nicht mehr liefern können, auf das Courier-Konto der Betreffenden anzurechnen. Denn an ein Nachdrucken des Kalenders ist nicht zu denken, weil das zu lange Zeit dauern würde. Das werden unsere werten Freunde am besten verstehen, wenn wir ihnen sagen, daß von der Herstellung eines Kalenders während der ganzen Sommer- und Herbstmonate gearbeitet werden muß.

Der Ausverkauf des diesjährigen Courierkalenders sollte für unsere Abonnenten eine Mahnung für die Zukunft sein. Wir möchten allen raten, immer recht frühzeitig, schon im Laufe des Jahres, ihre Bestellungen für den „Hausfreund" des nächsten Jahres aufzugeben, damit wir späterhin im Herbst wissen, wieviele Kalender wir drucken müssen. Dann werden wir künftighin alle Wünsche befriedigen können.

Eröffnung der Manitoba-Legislatur

Thronrede erörtert verschiedene wirtschaftliche Probleme.

Winnipeg. — Die neue Session von der Manitoba-Legislatur wurde, wie üblich, mit einer Thronrede des Leutnant-Gouverneurs Sir J. A. M. Aikins eröffnet. Wichtige Punkte der Rede betreffen die Unterstützung der Organisationen für genossenschaftliche Vermarktung, Erforschung und Erschließung der Naturreichtümer von Manitoba, die gründliche Bekämpfung des Weizenrostes und einen Appell an den Provinzialrat, in Verbindung mit dem Streit zwischen Manitoba und der Canadian Northern Railway.

Die Naturschätze der Provinz sollen auf ihre Verwertbarkeit und auf Verarbeitungsmöglichkeiten hin untersucht werden, um auf diese Weise die industrielle Entwicklung Manitobas kräftigst zu fördern. Die besten technischen und geschäftlichen Erfahrungen sollen dabei zur Anwendung gelangen. Dadurch hofft man gleichzeitig die Arbeitslosigkeit während der Wintermonate auf ein Mindestmaß beschränken zu können.

Neue Gesetzesvorlagen werden ferner angekündigt, die darauf abzielen, die Verhältnisse für die landwirtschaftlichen Produzenten und für die Verbesserung ihrer Produkte zu verbessern. In Verbindung mit der Anregung zu gemischter Farmwirtschaft soll auch dadurch hingewirkt werden, daß die bereits organisierten Gebiete dichter, als bisher besiedelt werden.

Hinsichtlich der Hudsons Bay-Bahn kündigt die Regierung ihre Absicht an, einen weiteren Druck auf die Dominionregierung auszuüben, damit sie die Vollendung des Schienenweges in Angriff nimmt. Eine weitere Frage, die in das Verkehrswesen einschlägt, ist das Crow's Nest-Paß-Abkommen, dessen Beibehaltung gleichfalls eine energische Forderung der Manitoba-Regierung darstellt.

Der Provinzialhaushalt des letzten Finanzjahres konnte ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Ausgaben hielten sich in den Grenzen der Einnahmen.

* * *

Aenderungen im Manitoba-Kabinett.

Winnipeg. — Infolge des im „Courier" schon mitgeteilten Rücktrittes des Provinzial-Schatzsekretärs Hon. F. M. Black, würden einige Veränderungen vorgenommen. So hat Premier Bracken gleichzeitig das Schatzamt übernommen und das Landwirtschaftsministerium an den Provinzialsekretär Hon. Albert Prefontaine abgetreten. Dem Attorney General Hon. R. W. Craig wurde die Abteilung für Telephonwesen übertragen.

Deutsch-französischer Zollkrieg

Abbruch der Pariser Verhandlungen.

Paris, 19. Jan. — Der jetzt ausgebrochene Zollkrieg zwischen Frankreich und Deutschland wird nach Meinung geschäftlicher Kreise geraume Zeit dauern, trotzdem sich der französische Handelsminister Raynaldi bemüht, die Frage offen zu halten und den formellen Abbruch der Verhandlungen für ein zeitweiliges Handelsabkommen zu verhüten. Die Einstellung der Verhandlungen nach der letzten Beratung der Unterhändler wird in Wirklichkeit als ein Bruch angesehen, wenn auch dieses Wort in amtlichen Kreisen sorgfältig vermieden wird. Die Franzosen erwarten die deutschen Gegenvorschläge und die deutschen Vertreter erklärten, daß sie die französischen Pläne für ein zeitweiliges Abkommen nicht anzunehmen vermögen.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 19. Jan. — In deutschen wirtschaftlichen Kreisen hegt man wenig Besorgnis bezüglich eines Zollkrieges mit Frankreich, welcher die Folge des bisherigen Mißlingens der Verhandlungen wäre einen neuen Handelsvertrag ist. Die meisten deutschen Sachverständigen glauben sogar, daß Frankreich schließlich der Verlierer sein würde, falls eine Periode von Wiedervergeltungsmaßregeln einsetzen sollte.

Der unmittelbare Verlust von Vorteilen für Frankreich, wie sie durch die Vorzugsbehandlung, die Frankreich unter dem Versailler Vertrag erhält, und die Abschaffung von Zöllen auf elsässische Waren, unter denen Metall und Textil-Produkte einen großen Prozentsatz ausmachen, dargestellt sind, wird als ein starker Schlag für Frankreich betrachtet. Nach Ansicht des „Tageblattes", würde sich Deutschland französischen Höchstzöllen oder noch größeren Auflagen gegenübersehen, aber man glaubt, daß diese Bürde erträglich sein wird, da der Umfang der deutschen Ausfuhr infolge der schweren Zölle bereits zurückgegangen ist und da die Ausfuhr sich fast ganzlich auf Produkte beschränkt, welche Frankreich aus Deutschland beziehen muß.

Während der ersten neun Monate des Jahres 1924 belief sich die deutsche Ausfuhr nach Frankreich auf etwa 72,200,000 Mark oder 1.6 Prozent von Deutschlands Gesamtausfuhr. Der Wert der Einfuhr aus Frankreich und dem Elsaß war etwa 45,000,000 Mark oder etwas weniger als 8 Prozent der Gesamteinfuhr.

Die „Börsenzeitung" spricht die Ansicht aus, daß Deutschland vor einem kritischen Stadium seiner Handelsbeziehungen mit der Außenwelt steht und die Zeitung verlangt, daß die Regierung eine weitsichtige und aggressive Politik in Verbindung mit der Entwerfung neuer Verträge annehme und auch energische Versuche mache, Zollwälle und andere Hindernisse, welche Deutschland jetzt Schwierigkeiten machen, zu beseitigen.

Deutsche Eisenbahn-Katastrophen

25 Menschenleben vernichtet.

Der dreizehnte Januar ist zum schwersten Unglückstag in der Geschichte der deutschen Bahnen geworden. Bei schwerem Nebel, der die Sicht fast unmöglich machte, haben nicht weniger als drei verhängnisvolle Zusammenstöße stattgefunden, die wenigstens 25 Menschenleben gekostet haben und dazu noch zahlreiche Verletzungen verursachten, nicht zu reden von dem Sachschaden, der ebenfalls recht bedeutend ist.

Zwei der Unfälle fanden in Westfalen statt; der dritte bei Salzwedel in der Nähe von Halle, wo zwei Güterzüge aufeinander prallten, beide Lokomotiven und drei Waggons vollständig demoliert wurden, das Personal schwebte noch im letzten Augenblick durch Abspringen retten konnte.

Das schwerste Unglück ereignete sich auf dem Bahnhof in Herne, Westfalen. Der zwischen Berlin—Köln verkehrende Expreßzug sauste in voller Fahrt gegen einen stillstehenden Personenzug, der auf der Strecke Dortmund—Duisburg verkehrte und mit Passagieren besetzt war. Fünf Waggons, meistens vierter Klasse, gingen unter furchtbarem Krachen in Stücke, und im Nu bildete die Szene den Anblick einer grauenvollen Zerstörung und wilden Panik.

Hilfe war bald zur Stelle. Die Stadt Essen schickte Aerzte und Pfleger in genügender Zahl; aber unter der Wucht des Anpralls waren Stahl und Eisen so verbogen worden, daß man mit Azetylenbrennern arbeiten mußte, um die Verletzten und die Leichen unter den Trümmern hervorziehen zu können. Die Hilfsmannschaften, welche benachbarte Zechen auf Automobilen geschickt hatten, arbeiteten dabei wacker mit; doch ist es aufgefallen, daß sich die Franzosen an dem Hilfswerk nicht beteiligt haben, sondern sich darauf beschränkten, eine ganze Weile später einige ihrer Gendarmen zur Stelle zu schicken. Die Spitäler sind von Verletzten überfüllt.

Das schreckliche Unglück hat wenigstens 25 Menschenleben gefordert. Die Zahl der in die Hospitäler ein-

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Die neue deutsche Regierung

Dr. Luther als Reichskanzler eines „Geschäftsministeriums"

Berlin, 18. Jan. — Dr. Hans Luther ist zum Reichskanzler ernannt worden. Sein Kabinett setzt sich in folgender Weise zusammen:

Auslandminister: Dr. Gustav Stresemann.
Finanzminister: Herr Saemisch.
Minister des Innern: Martin Schiele.
Wirtschaftsminister: Dr. Karl Neuhaus.
Minister für die Volksernährung: Graf von Kanitz.
Arbeitsminister: Dr. Heinrich Brauns.
Justizminister: Dr. Schumacher.
Minister für Post und Telegraphen: Herr Stingl.
Wehrminister: Otto Geßler.

(In letzter Stunde wird noch die Möglichkeit einiger Aenderungen gemeldet.)

Was die Parteizugehörigkeit oder wenigstens die Parteirichtung der einzelnen Minister angeht, so ist darüber folgendes mitzuteilen. Dr. Stresemann gehört als ausgesprochener Parteimann der Deutschen Volkspartei an; Schiele ist Führer der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion; Neuhaus hat Neigung zu den Deutsch-Nationalen, ohne der Partei offiziell anzugehören; Graf von Kanitz gilt ebenfalls als konservativ und deutsch-national, ohne feste Bindung an die Partei; Brauns ist ausgesprochener Zentrumsmann; Geßler ist Mitglied der demokratischen Partei; Stingl gehört der Bayerischen Volkspartei an.

Der neue Kanzler ist eine markante, willensstarke Persönlichkeit. Mit seinen 46 Jahren und der reichen praktischen Erfahrung steht er heute auf der Höhe seiner Arbeitskraft, und daß er persönlich kein Parteimann ist, mit den Parteien aber, die er als ein mehr oder weniger unvermeidliches Uebel betrachtet, wohl umzugehen weiß, muß ihm zugute den obwaltenden Umständen mit zustatten kommen. Als Sohn eines Berliner Kaufmanns, Handelsrichters und Aeltesten der Kaufmannschaft geboren, studierte er auf den Universitäten Genf, Wien und Berlin, erweiterte seine Weltkenntnisse und Bildung während seiner Referendarzeit auf Reisen, die ihn durch Afrika führten. Und schon dann die Verwaltungslaufbahn, die in Charlottenburg begann. Später wurde er Stadtrat in Magdeburg, und schon 1913 machte der Deutsche Städtetag Dr. Luther zu seinem Vorsitzenden, eine Stellung, die er auch den Kriegsjahren, bis 1918 die Stadt Essen zum Oberbürgermeister erwählte. Das waren harte, schwere Jahre, voll ihren großen Aufgaben für die Volksernährung, mit den Parteiwirren und Ränken, und in allen diesen Lagen hat der kleine Mann mit der von grauem Haarkranz umrahmten Glatze und den hinter einem kneifer unruhig hin- und herrutschenden Augen die Zügel fest in der Hand gehalten und energisch durchgegriffen. Essen, wo er den Stadtrat zu bemeistern mußte, hat seine erfolgreichen Bemühungen um die Hebung der Wohnungsnot, um Ausstellungs- und Kunstfragen und um die Schaffung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk so sehr gewürdigt, daß er bei seiner Berufung in das Kabinett Cuno als Minister für die Volksernährung und Landwirtschaft beurlaubt wurde, und keinen Nachfolger, sondern einen Vertreter erhielt, weil man ihn wieder auf dem Posten des Oberbürgermeisters sehen wollte. Es sollte nicht sein. Er wechselte statt dessen als der Nachfolger von Hermes in das Finanzministerium über und jetzt ist er Kanzler.

Ein äußerst schwerer Schicksalsschlag hat Luther erst vor kurzem getroffen, als er seine Gattin und seine beiden einzigen Kinder, eine Tochter von 10 und einen von 3 Jahren, durch den Tod verloren hat.

Nun ergibt sich die Frage, ob dieser energische Mann mit seinem großbürgerlichen Ministerium auch den Reichstag an seinen Wagen fesseln kann. Als Opposition sind da von vornherein die 130 Sozialisten und die 15 Kommunisten anzusprechen, zusammen 175 Stimmen. Dagegen stehen, sei es, daß sie im Kabinett direkt vertreten sind, sei es, daß diese Parteien im wesentlichen denselben Geistes sind, die 100 Deutschnationalen, dazu die Zentrumsleute, die 50 Mitglieder der Volkspartei, die 32 Demokraten, die 19 Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, die 17 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, die zusammen 288 Stimmen. Eine dritte Gruppe, die der Mehrheit nach als unsichere Kantonisten anzusprechen ist, bilden die 14 Mitglieder der Deutschvölkischen Freiheitspartei und die 12 Mitglieder der kleinen Splitterparteien, darunter vier von der Partei der Landwirte und vier Hannoveraner, die wenigstens in bedeutenden innerpolitischen und außenpolitischen Fragen hinter dem Kanzler aufmarschieren dürften.

Das Zentrum und die Demokraten haben offen erklärt, daß sie das neue Kabinett vorläufig nur dulden wollen, und sich das Recht vorbehalten, jederzeit gegen dasselbe Front zu machen, wenn ihnen die Politik nicht gefällt.

Daß Stresemann im Außenministerium bleibt, deutet auf einen unveränderten Kurs hin.

Ehe man sich ein Urteil erlauben kann, muß das Programm der neuen Regierung abgewartet werden, wobei bestimmte Erklärungen über die Steuerfrage, den Achtstundentag, die Auswertung der Staatspapiere, die Kölner Frage und die Ruhrfrage nicht umgangen werden dürften. Der Dawesplan gilt auch wie vor als gesichert und dürfte daher gar nicht berührt werden.

März verbittert.

Der bisherige Kanzler, Dr. Marx steht verbittert im Hintergrund, da es sein Ausscheiden als eine persönliche Niederlage empfunden hat, welche seinen Anhängern vor allem den Machenschaften Stresemanns zuzuschreiben wird. Daher werfen sie Reichsmann geradezu Verrat vor, indem sie darauf hinweisen, daß damals als die Deutschnationalen Stresemanns Kopf als Bedingung für ihren Eintritt in die Regierung gefordert hatten, der Kanzler die feste Absicht geäußert habe, daß Stresemann im Kabinett bleibe, so lange er selbst die Kanzlerschaft führe.

Oesterreichs Heer wird nicht aufgelöst

Wien, 19. Jan. — Der österreichische Heeresminister Vaugoin gibt folgende Erklärung ab gegenüber den im Auslande verbreiteten Nachrichten über eine geplante Abschaffung der österreichischen Wehrmacht: Von einer Absicht der Regierung und der maßgebenden politischen Faktoren, das österreichische Bundesheer abzuschaffen, ist keine Rede. Die völlige Unrichtigkeit der diesbezüglichen Meldungen geht schon daraus hervor, daß gerade in den letzten Tagen zwischen den Regierungsparteien und der Opposition eingehende Verhandlungen über das Bundesheer stattgefunden haben, die das gleich starke Interesse aller Parteien in Oesterreich am Bestande und einer gesunden Entwicklung des Heeres bewiesen haben. Die österreichische Wehrmacht dient gewiß nicht aggressiven Zwecken, es ist aber die allgemeine Ueberzeugung, daß die Existenz des Heeres unbedingt nötig ist, um die Neutralität Oesterreichs auf alle Fälle sichern zu können.

Polnische Umtriebe in Danzig

Gewalttaten angedroht.

Warschau, 19. Jan. — Das polnische Kabinett hat in seiner Sitzung die Haltung des polnischen Kommissars in Danzig, Strasburger, in der Angelegenheit der polnischen Briefkasten in dem Freistaat voll gebilligt. Der Völkerbundskommissar für Danzig, W. S. MacDonnell, ersucht den Senat, die Entfernung der polnischen Briefkasten anzuordnen. Das polnische Kabinett beruft sich daraufhin, „wegen des feindseligen Verhaltens des Ligakommissars" an den Völkerbund zu appellieren. Der polnische Vizepremier Thugutt erklärte: „Im Falle von Gewalttaten wird Polen sich verteidigen und seine Verteidigung wird ebenso gewalttätig sein."

(Siehe auch unter „Freistaat Danzig" auf Seite 21)